

## **Haushaltsrede der CDU-Fraktion zur Verabschiedung des Haushalts 2014 in der Ratssitzung am 08.04.2014**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Nach den Haushalten für 2010, dem Doppelhaushalt 2011/2012 und dem Haushalt 2013 ist es der 4. und letzte Haushalt, für den der amtierende Rat Verantwortung trägt.

Dieser und alle vorangegangenen Haushalte der laufenden Amtszeit waren von Einsparbemühungen und vom Ziel geprägt, einerseits eine Haushaltssicherung unbedingt zu vermeiden, andererseits aber auch Handlungsspielräume zu eröffnen. Während in den Beratungen zu den Haushalten 2010 bis 2012 noch ein zumindest überwiegend einvernehmliches Interesse erkennbar war, den Haushalt in den Griff zu bekommen, erfuhr der Haushalt 2013 im vergangenen Jahr erstmals eine Ablehnung durch zwei Fraktionen.

Beratung und Verabschiedung eines jährlichen Haushalts gehören zu den wichtigsten Aufgaben eines Rates.

Schon der deutsche Dichter Heinrich Heine sagte:

*„Die Sachen geschehen nicht des Geldes wegen, aber es gehört Geld dazu, um sie in Gang zu bringen.“*

Der Haushaltsplan ist nach § 79 GO die Grundlage für die Haushaltswirtschaft einer Gemeinde. Mit der Festsetzung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans verleiht der Rat der Verwaltung Handlungskompetenz und gibt ihr eine Arbeitsgrundlage. Gleichzeitig bestimmt er für sich selbst die finanziellen Eckwerte für anstehende politische Entscheidungen.

Einfacher bringt es eine sprichwörtliche Redewendung auf den Punkt

*„Ohne Moos nix los.“*

Will sagen, Ziele lassen sich ohne Geld nicht erreichen.

Ablehnung des Haushalts bedeutet Ablehnung von Zielsetzungen.

Der Haushalt ist kein Spielball. Eine angekündigte Ablehnung kein Druckmittel, um ideologisch geprägte Einzelinteressen durchsetzen zu wollen.

Das Gemeinwohl aller Bürgerinnen und Bürger hat im Focus zu stehen.

Die Ankündigung der SPD im Planungsausschuss, den Haushalt abzulehnen, weil der ÖPNV nicht gebührend gefördert wird und eine Bushaltestelle fehlt, beweist ebenso wie die Ankündigung der Grünen, den Haushalt abzulehnen, wenn deren Forderung auf Bürgerbefragung vor Straßensanierungen nicht positiv beschieden werde, einen mangelnden Respekt vor einer verantwortungsbewusst, für das Gemeinwohl aller, zu treffenden Entscheidung.

Verweise auf noch ausstehende Ausschussberatungen zum Haushalt sind zwar verständlich, stehen aber im Ergebnis im krassen Widerspruch zu den tatsächlich ver-

laufenen Ausschussberatungen. Hier hat's offensichtlich anderen Fraktionen die Sprache verschlagen. Bis auf wenige Nachfragen oder die zuvor erwähnten, sicherlich kaum ernst zu nehmenden Ablehnungsabsichten, gab es keine substantziellen Wortmeldungen zu den Fachhaushalten.

Von daher gehen wir heute von einer einvernehmlichen Verabschiedung des Haushalts aus. Alles andere würde den bisherigen Beratungsgang auf den Kopf stellen.

Der Haushaltsentwurf 2014 setzt den seit Jahren eingeschlagenen Konsolidierungskurs konsequent fort. Der gesetzlich vorgegebene Haushaltsausgleich ist erreicht.

Punkt. Kein Ausrufungszeichen. Lediglich eine nüchterne Feststellung, die keinen Anlass zur Euphorie gibt.

Ausgleich ja, aber auch in diesem wie in den Folgejahren nicht originär, sondern nur durch jährliche Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage.

Die Deckungslücke liegt alleine in diesem Jahr bei rund 3,6 Mio. EUR, im Planungszeitraum bis 2017 bei 11 Mio EUR.

Zumindest ernüchternd, wenn nicht gar erschreckend, gigantisch.

Ist es da beruhigend, zu wissen, dass es in NRW nahezu keine Kommune mehr schafft, Ausgaben aus den Einnahmen zu finanzieren?

Ist es beruhigend zu wissen, dass der Verzehr der Ausgleichsrücklagen für nahezu alle Kommunen fast zur Selbstverständlichkeit geworden ist?

Beruhigt es zu wissen, dass das Land seine Kommunen vor Verschuldung schützt, in dem es höhere Schulden zulässt und Haushaltssicherungen durch nicht zu belegende Einnahmevermutungen zu kaschieren versucht?

Uns beruhigt das nicht.

Wir sind nicht bereit, uns zu Lasten unserer Bürgerinnen und Bürger, zu Lasten nachfolgender Generationen auf gewagte „Luftbuchungen“ und auf finanzielle Abenteuer einzulassen.

Wir halten an einer sparsamen und nachhaltigen Bewirtschaftung unserer Mittel fest. Dank dieser konsequenten Politik konnten unsere Liquidität gesichert und Kassenkredite zur Begleichung fälliger Rechnungen vermieden werden.

Unser Ziel ist es, die über Jahrzehnte aufgebaute hervorragende Infrastruktur und die gute Lebensqualität in Kempen zu erhalten und in Schritten weiterzuentwickeln. Dies verlangt ein weitsichtiges und nachhaltiges Bereitstellen von Mitteln sowie ein verantwortungsbewusstes und sparsames Bewirtschaften der Haushaltsmittel.

Kein Prunk, kein Protz, aber auch kein „Kaputtsparen“!

Der vorliegende Haushaltsentwurf trägt unseren Vorgaben Rechnung.

Und dennoch, Zeit zum Verschnaufen nach einem vermeintlich gelösten Finanzierungsproblem bleibt nicht. Fast ohnmächtig stehen wir immer wieder neuen verordneten oder nicht steuerbaren Kostenwellen gegenüber.

Die kommunalen Haushalte stehen immer mehr unter dem Diktat des Landes oder werden aufgrund gesetzlicher Bestimmungen fremdbestimmt.

Ich möchte das an nur wenigen Beispielen festmachen:

Ohnmächtig stehen wir einem unkalkulierbaren Kostenberg gegenüber, der uns durch die Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge durch die Bundespolizei belastet.

Neben personellen Kosten, die wir alleine tragen, weist der Haushalt für 2014 Mittel von 2 Mio. EUR aus, die nur zum Teil refinanziert werden.

Es reicht nicht, wenn zuständige Ministerien verständnisvoll anerkennen, dass eine Kommune wie Kempen mit dieser Aufgabe sächlich und personell hoffnungslos überfordert ist, aber keine Taten folgen lassen.

Wir hatten vor, zu dieser Ratssitzung eine Resolution einzubringen, in der Bund und Land zu einer solidarischen Hilfe aufgefordert werden. Wir haben letztlich davon abgesehen, da uns eine unbeeinflusste Sachdiskussion und ein von Wahlkampfzwängen freier und möglichst einvernehmlicher Ratsbeschluss zielführender erscheinen. Wir beabsichtigen, die angekündigte Resolution in einer der ersten Ratssitzungen des neuen Rates einzubringen, falls sich bis dahin keine Lösung des Problems anbahnt.

## 2. Beispiel: Kosten der Asylbewerber

Die Nettokosten nach Abzug der Landesmittel sind in diesem Jahr mit über 720.000 EUR veranschlagt, 360.000 € mehr, also doppelt so viel, als im Jahr 2012. Grund ist der nicht steuerbare Anstieg der zugewiesenen Asylbewerber. Damit kein Missverständnis entsteht, diese Kosten tragen wir selbstverständlich, denn die Menschen, die aus einer Not ihre Heimat verlassen, haben Hilfe, Unterstützung und eine Grundversorgung verdient und dürfen sich als Gäste willkommen fühlen. Wir begrüßen das große Engagement des Arbeitskreises Asyl und Menschenrechte und der Sozialverbände, die sich sehr engagiert um das Wohl dieser Menschen in Kempen bemühen.

Auch wenn wir nicht zuständig sind, sei eine Anmerkung erlaubt:

Die vorgesehene Unterbringung von Asylbewerbern im ehemaligen Hotel Via Stenden verurteilen wir. Menschen fremder Kulturen, die aus einer Not zu uns kommen, haben es nicht verdient, fernab einer Gemeinde im Wald, ohne Sozialkontakte in einem heruntergekommenen Haus willkommen geheißen zu werden, auch dann nicht, wenn der Aufenthalt auf nur Tage oder Wochen befristet ist.

Wir fordern die SPD auf, über ihren Landesverband als zumindest mittelbaren Eigentümer der Unterkunft, von Einflussmöglichkeiten Gebrauch zu machen.

## 3. Beispiel: Inklusion

In mehreren Haushaltsstellen finden wir inklusionsbedingte Erhöhungen der Sachaufwendungen. Wir unterstützen grundsätzlich den Inklusionsprozess und sind auch bereit, für erfolgversprechende Projekte Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, so z.B. für das RTI-Projekt, das helfen soll, frühzeitig Förderbedarfe bei Kindern zu erkennen.

Wir verurteilen aber die Methode, mit der das Land ein gemeinsames Lernen erzwingen will. Wir erwarten vom Land klare Förderstrukturen, in die Schulen, Schulträger und Eltern eingebunden werden und verlässliche Finanzierungskonzepte. Wie locker und unverantwortlich das Land mit bisherigen Zusagen umgeht, haben wir bei den Anmeldungen zu unseren weiterführenden Schulen bitter feststellen müssen. Es war wohl ein Lockangebot des Landes, kleinere Klassen gemeinsamen Lernens mit 25 Schülern zuzulassen. Über Nacht wurde diese Bestimmung lautlos geändert. Ist es Inklusion, wenn nun ein oder zwei Kinder mit Förderbedarf in einer Klasse mit insgesamt 30 Schülern beschult werden?

Wir werden uns als Schulträger über Verordnungen hinwegsetzen und noch heute im weiteren Verlauf der Sitzung einen Raum für eine weitere Eingangsklasse am LVD zur Verfügung stellen, damit kleinere Klassen, die für eine gemeinsame Beschulung erforderlich sind, gebildet werden können. Jetzt ist das Land gefordert, kleinere Klassenfrequenzen zuzulassen und das Personal für die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Bedarf zur Verfügung zu stellen.

Jedes Kind verdient die individuelle Förderung, die es braucht und will.

Wir bedauern die Kinder, die einen Förderbedarf haben, aber vom Land mangels Konzepte, Geld und Lehrern verantwortungslos im Stich gelassen werden.

Es reicht nicht zu wissen, wie man Inklusion schreibt, man sollte auch wissen, was Inklusion ist und wie diese erreicht werden kann.

#### 4. Beispiel: Kommunal-Soli

Entgegen der ersten Ankündigung, sind es zwar „nur“ 90.000 €, die wir in diesem Jahr in die Kasse notleidender Gemeinden zahlen müssen. Wenn eine Gemeinde in Not Gerät, dann sind zunächst die Verursacher in Haftung zu nehmen. Selbstverständlich haben Gemeinden bei unverschuldeten Notlagen einander solidarisch Hilfe zu leisten. Wir können aber nicht erkennen, dass betroffene Gemeinden unverschuldet in Nothaushalte gerutscht sind. Sicherlich ist auch hier eine mangelnde Konnexitätstreue haupt- oder mitverantwortlich zu machen.

Nachhaltiges, sparsames Wirtschaften und unser Bemühen, eine Haushaltssicherung unter allen Umständen vermeiden zu wollen, wird über die Zwangsabgabe bestraft.

Die vorgenannten nicht von uns steuerbaren Ausgabesteigerungen sind nur beispielhaft. Sie belegen aber, dass der vorliegende Haushaltsentwurf von einer bemerkenswerten Ausgabendisziplin und einem fortgesetztem Sparwillen geprägt ist.

Denn trotz der vorgenannten Erhöhungen, die im Volumen bei ca. 1 Mio. EUR liegen, trotz weiterer unbeeinflussbarer Ausgabensteigerungen aufgrund Tarifsteigerungen bei den Personalkosten, Anstieg der Energiekosten, inflationsbedingter Kostensteigerungen, die in der Summe ebenfalls bei über 1 Mio. EUR liegen, in der Summe also schon 2 Mio. EUR, steigen die Gesamtaufwendungen im Haushaltsentwurf 2014 von 90 Mio. EUR im Vorjahr auf 91,2 Mio. EUR, also nur um 1,2 Mio. EUR an.

Allein dieser Vergleich macht deutlich, dass der Haushaltsentwurf ganz offenkundig den Stempel „Sparhaushalt“ trägt. Die Aussage der SPD in der Presse, sie vermisse einen Sparwillen, geht deshalb ins Leere.

Der aktuelle Haushalt verordnet aber auch keinen Stillstand.

Er stellt die für den Erhalt unserer Infrastruktur, für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger, für eine verlässliche Fortführung der Familienpolitik, für die Weitergewährung von Zuschüssen und Unterstützungen notwendigen Mittel zur Verfügung und lässt darüber hinaus Raum für Weiterentwicklungen.

Beispielhaft möchte ich auf einige Budgets des Haushalts eingehen:

Der Brandschutz belastet unseren Haushalt mit rund 650.000 € und im investiven Bereich mit rund 1 Mio. EUR. Wir bekennen uns zu diesen Ausgaben. Unseren Bürgern nicht nur ein Gefühl von Sicherheit, sondern tatsächliche Sicherheit zu gewährleisten, ist für uns von höchster Priorität. Unsere freiwillige, ehrenamtliche Feuerwehr verdient Dank und Anerkennung, aber auch notwendige Mittel für eine Ausstattung auf technisch hohem Niveau.

Für Sanierungen und Ausstattung unserer Schulen sieht der Haushalt im Finanzplanungszeitraum Mittel von 3,1 Mio. EUR vor, davon allein für Sanierungen in diesem Jahr in Höhe von ca. 650.000 €. Die Ausstattung mit hocheffizienten Lehr- und Lernmitteln ist uns wichtig und dieses Geld wert, genauso wie eine verstärkte Sanierung der Schulgebäude, wozu auch die Toilettenanlagen gehören.

Der Kinder-, Jugend- und Familienetat umfasst eine Nettobelastung von inzwischen mehr als 11 Mio. EUR und ist der mit Abstand stärkste Einzeletat unseres Haushalts. Wir unterstützen diesen Etat nachdrücklich, da Kinder durch hochqualifizierte Betreuung und Bildung frühzeitig gefördert werden müssen und Eltern ein Miteinander von Beruf und Familie ermöglicht werden soll. Die von uns im letzten Jahr eingebrachte neue Elternbeitragstaffelung zeigt Früchte und wurde von den Eltern als sozial ausgewogen akzeptiert. Wir halten grundsätzlich an den Angeboten unserer offenen Jugendarbeit fest und legen großen Wert darauf, dass kirchliche und verbandliche Jugendarbeit nicht nur in diesem, sondern auch in den Folgejahren maßgeblich gefördert wird sowie Vereinszuschüsse ungekürzt und verlässlich bleiben.

Für die Sportförderung, hierunter fallen die Kosten für die Unterhaltung, Bewirtschaftung und Sanierung unserer Sportplätze und Hallen sowie die Zuschüsse an Sportvereine, weist der Haushalt Mittel in Höhe von fast 1 Mio. EUR aus. Auch zu diesen Kosten bekennen wir uns uneingeschränkt. Das gilt auch für die Kosten im investiven Teil für den Kunstrasenplatz. Hier weniger Geld in eine Erneuerung des Tennisplatzes, eine veraltete Technik der 60er Jahre, zu investieren, käme einer Rolle rückwärts gleich und wäre nicht zukunftsorientiert.

Der Haushalt sieht erhebliche Beträge für die Erschließung neuer Wohngebiete vor, die aber zum größten Teil durch Grundstücksverkäufe refinanziert werden. Wir legen großen Wert auf eine möglichst zügige Erschließung und Vermarktung, da die Nachfrage auch aufgrund des niedrigen Zinsmarktes ungebrochen groß ist. Hierbei sind alle Möglichkeiten zu nutzen, bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum zu schaffen.

Für die Erstellung und Umsetzung von Teil-Klimaschutzkonzepten für stadteigene Liegenschaften und für die Wartsbergsiedlung weist der Haushalt im Planungszeitraum Mittel von über 300.000 EUR aus. Wir unterstützen nachdrücklich den Mittelansatz und den eingeschlagenen Kurs. Mit kurzfristig messbaren Ergebnissen und einem vorbildhaften Handeln versprechen wir uns eine größere Effizienz als über verordnete Konzepte, die auch Privatbürger und Gewerbe verpflichtend einbinden, wie es die Grünen wollen.

Der Haushalt weist letzte Raten für die Platzgestaltung Klosterhof aus.

Um es noch einmal deutlich zu machen. Wir standen immer hinter dem Projekt und wir stehen heute immer noch hinter dem Projekt. Der Vorwurf, hier seien Steuergelder in Mio-Höhe verschwendet worden, ist völlig haltlos, ja sogar böswillig und durch nichts begründet. Eine Gegenüberstellung der Kosten nach Abzug der Fördermittel belegt, dass die gesamte Maßnahme den städtischen Haushalt mit 270.000 € belastet hat, unter Einbeziehung des Grundbesitzwertes liegt der städtische Anteil bei rund 900.000 €.

Was steht dagegen?

Nicht nur eine optische Bereicherung unserer Stadt. Nicht nur eine Aufwertung, sondern auch ein Frequenzbringer, der Menschen in unsere Stadt zieht. Dazu mehr als 100 öffentliche Parkplätze in einer hochmodernen Tiefgarage, anstelle einer kleinen und maroden alten kleinen Garage, deren Sanierung uns mindestens den gleichen Betrag gekostet hätte. Hier ist kein einziger Euro verschwendet worden, Hier ist in die Zukunft unserer Stadt, in die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Kempen investiert worden. Und dazu stehen wir. Und wir freuen uns, dass die Geschäfte im Klosterhof so gut angenommen werden.

Der Haushalt lässt auch Entwicklungschancen zu.

Beispielhaft sei hier die Überplanung der ehemaligen Auskiesung Königshütte und die Machbarkeitsstudie „Burg“ genannt.

Die Überplanung der ehemaligen Auskiesungsfläche und die Öffnung dieser Fläche für die Öffentlichkeit kommt nicht nur dem dortigen Wassersportverein, einem der größten Nordrhein-Westfalens, sondern allen unseren Bürgern zugute. Wir wollen einen öffentlich zugänglichen, aber geordneten Betrieb. Die Alternative wäre die Umzäunung mit der Folge, dass durch eine kaum zu verhindernde illegale Nutzung ordnungsbehördliche Eingriffe und müllkippenähnliche Zustände zu erwarten wären.

Wir bleiben dabei, dass sich die dortige Fläche als Standort eines Hotels eignen könnte. Investoren werden unsere Unterstützung erfahren.

Letzteres gilt auch für die Burg. Wir unterstützen den Mittelansatz im Budget des Denkmalschutzes für eine Machbarkeitsstudie „Burg“. Wir verfolgen in Absprache mit dem Kreis als Eigentümer das Ziel, die Burg mehr der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, gehen aber ohne Vorgaben ergebnisoffen in eine Überprüfung.

Mit Hotelbetten und/oder Gastronomie an dem einen oder anderen Standort beleben wir nicht nur den Tourismus, sondern stärken den Wirtschaftsstandort Kempen.

Im übrigen bekennen wir uns im Hinblick auf die Diskussion um das Gebäude Peterstraße 20 noch einmal deutlich zum Denkmalschutz. Der Charakter unserer Altstadt darf durch Neubaumaßnahmen nicht verloren gehen.

Alle Weiterentwicklungen haben sich ausschließlich am Gemeinwohl zu orientieren und sind auf Machbarkeit und Finanzierbarkeit zu untersuchen. Die angespannte Haushaltslage lässt die Verwirklichung von Einzelwünschen, auch wenn sie subjektiv nachvollziehbar sind, nicht zu.

Darunter fällt aus der Sicht des Haushalts auch die Frage einer anderweitigen Nutzung des früheren Zechengeländes in Tönisberg. Zum reinen Denkmalwert haben wir uns nach intensiver kritischer Auseinandersetzung mit den gutachterlichen Darstellungen im Fachausschuss geäußert. Wir haben uns hier allein auf eine Prüfung des Denkmalwertes bezogen und diesen mit breiter Mehrheit im Ausschuss letztlich aus sachlichen Gründen verneint. Die Gründe brauche ich hier nicht zu wiederholen. Aus Sicht des Haushalts sei eine wirtschaftliche Betrachtung des Begehrens, die ehemalige Bergbaufläche als Eventstätte zu nutzen, erlaubt.

Auch wenn keine Zahlen vorliegen, dürfte allen klar sein, dass die Übernahme des Bergbaugeländes in städtisches Eigentum, die Sicherung des Geländes und Instandsetzung der Förderturmanlage und der angrenzenden Gebäude enorm hohe Kosten verursachen würde. Wir sind davon überzeugt, dass eine Aufbereitung und Nutzung als Eventstätte – wie vom Verein begehrt und vorgeschlagen - ein Invest in Millionenhöhe verlangt, dessen Refinanzierung völlig in den Sternen steht und nicht ansatzweise realisierbar erscheint. Ein Invest in dieser Größenordnung ist nur über Schuldenaufnahme zu finanzieren.

Die laufenden Belastungen würden unweigerlich zur Haushaltssicherung führen mit der Folge, dass freiwillige Ausgaben für Vereins-, Jugend- und Seniorenarbeit genauso auf den Prüfstand kommen werden, wie Kosten für Sportstätten und Straßenunterhaltung.

Durch den dann zu erwartenden Weggang der Fa. Naue, die bereits verbindlich erklärt hat, den Standort Tönisberg umgehend aufzugeben, wenn sie nicht bis 2015 langfristige Planungssicherheit erfährt, drohen Gewerbesteuerausfälle in beträchtlicher Höhe.

Noch schlimmer: Mehr als 30 Menschen werden ihren Arbeitsplatz durch die Aufgabe dieses Standortes verlieren.

Im übrigen ist Tönisberg aufgrund seiner Infrastruktur auch kein Eventstandort, der in der Lage ist, erhebliche zusätzliche Verkehrsströme aufzunehmen und Geräuschemissionen, die ganz besonders auch die Bewohner des Wartsbergs treffen würden, zu ertragen.

Aus wirtschaftlicher Sicht, zum Schutz der Arbeitsplätze und zum Gemeinwohl aller ist eine von dem neu gegründeten Verein angestrebte Nutzungsänderung eindeutig nicht vertretbar.

Wir übergeben dem neuen Rat einen Haushalt, der zwar nicht originär ausgeglichen ist, aber alle Chancen bietet, die Strukturen zu erhalten, Kempen weiterzuentwickeln und Schulden langfristig kontinuierlich weiter abzubauen.

Wir vertrauen darauf, dass alle Fachämter auch künftig alle Haushaltsstellen sparsam bewirtschaften. Es wird in der Verantwortung des neuen Rates stehen, auch künftig die zur Verfügung stehenden Mittel verantwortungsbewusst und nachhaltig zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger zu verwenden.

Die CDU stimmt dem Haushalt in der vorliegenden Fassung nebst Anlagen uneingeschränkt zu.

Wir danken dem Kämmerer und seinem Team für die Aufstellung des Haushalts, insbesondere auch für die ausführlichen schriftlichen Erläuterungen und ergänzenden mündlichen Erklärungen in unseren Haushaltsberatungen.

gez.

Wilfried Bogedain  
Fraktionsvorsitzender